

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telek: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Robert Antretter MdB zum programmatischen Standort der Sozialdemokratie: Das Einzigartige der SPD.

Seite 1

Manfred Opel MdB zur aktuellen Diskussion um die dritte Nulllösung: Mehr Sicherheit durch weniger Nuklearwaffen.

Seite 4

Karin Radermacher MdL zum Erfordernis, den Personalbestand umfassend aufzustocken: In Bayern droht ein Kindergarten-Notstand.

Seite 5

Harald B. Schäfer MdB zum dritten Jahrestag der Kernkraftkatastrophe: Tschernobyl war die letzte Warnung.

Seite 6

44. Jahrgang / 79

25. April 1989

Das Einzigartige der SPD

Zum programmatischen Standort der Sozialdemokratie

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des SPD-Landesvorstandes Baden-Württemberg

Nach den Landtagswahlen in Berlin und den hessischen Kommunalwahlen erscheint die politische Situation in der Bundesrepublik verwandelt. Vergessen sind Heiner Geißlers bürgerliche Lagertheorien und die vorwitzigen Prognosen zur Dauerhaftigkeit konservativ-liberaler Regierungskunst. Kein Zweifel: Kohls „Politik der Mitte“ ist in der Krise. Und daran ändert auch die zurückliegende Kabinettsumbildung nichts. Die wichtigsten Regierungsparteien CDU und CSU sind offenbar aus wahltaktischer Angst vor der neuen Gefahr von rechts dabei durchzudrehen, während die FDP echte Existenzsorgen hat, so daß Dietrich Genscher bereits von einem neuen „Gezeitenwechsel“, von der Wende der Wende also, zu sprechen beginnt.

Jedenfalls geht die politische und moralische Zerrüttung der Bonner Koalition sehr tief. Und es ist nicht erkennbar, woher die Erleuchtung für den Bundeskanzler kommen soll, um mit einem Patentrezept dem objektiven Verfall seiner Macht zu begegnen. Kein Wunder, daß sich die SPD im Aufwind befindet, wenn handfeste Enttäuschungen über die „Wendepolitik“ um sich greifen. Die Frustrationen der wirtschaftlich und sozial unter die Räder Gekommenen machen sich in Protestverhalten und Aggressionen Luft. Wenn gesellschaftliche Randgruppen politisch gegeneinander ausgespielt werden, müssen sich Polarisierungen vollziehen, radikalieren sich linke und rechte Ränder des politischen Spektrums, muß jene rechtsextreme Gesinnung hochkommen, die immer schon als Bodensatz in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland vorhanden war. Dennoch muß die SPD aufpassen. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen von guten Umfragen, die uns derzeit bei 42 Prozent bestätigen. Stimmungslagen ändern sich schnell. Persönliche Glaubwürdigkeit und Vertrauensarbeit sind in solch sensiblen Situationen gefordert, damit sich die positiven Zeichen zu einem Trend pro SPD verdichten. Berechenbarkeit und Kontinuität sind jetzt wichtige Tugenden. Sie gehen von der SPD-Spitze aus und bekräftigen, gestützt auf solide Parlamentsarbeit, die sozialdemokratische Absicht, bei der Bundestagswahl 1990 mindestens die stärkste Fraktion zu werden. Die

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbindungsring
mit speziellen Ringlöchern
Recycling-Papier



SPD will 1990 den Bundeskanzler stellen. Und schon jetzt scheint kalkulierbar, daß gegen die Sozialdemokraten nicht mehr regiert werden kann. Nach dem Fiasko der Blüm'schen Gesundheitsreform hat dies auch der RentenKompromiß dokumentiert: Die SPD ist keine Daueropposition, sondern politische Gestaltungskraft mit Erfolg.

Allerdings wäre es jetzt völlig verfehlt, über Bündnisse oder gar mögliche Regierungskoalitionen zu spekulieren. Erst nach der Bundestagswahl 1990 ist die politische Konstellation zu bewerten unter Aspekten der Durchsetzungsmöglichkeit von sozialdemokratischen Werten und Programmen. Gegenwärtig kommt es darauf an, die Kraft der SPD zu konzentrieren und weiterhin den Anspruch einer Politik der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung auf eine Weise zu formulieren, daß die Partei noch an Überzeugungskraft und Ausstrahlung hinzugewinnt.

Die Vertrauensarbeit an der Basis muß durch die Attraktivität des neuen Grundsatzprogramms mobilisiert werden. Die SPD wird stark, wenn sie als lebendige Mitgliederpartei in allen Bevölkerungsschichten für ihre Überzeugungen eintritt. Das Herz dieser Partei wird nicht durch Führungsfiguren in den Medien erreicht. Bewegung entsteht nur, wenn die neuen Programmimpulse durch eine Million argumentierender Menschen transportiert werden. Die SPD kann sich gar nicht zur „Allerweitspartei“ amerikanischen Stils verbiegen. Sie bleibt die „Partei des Volkes“ mit der Tradition der Arbeiterbewegung, der Aufklärung und des Humanismus. Daher unternimmt die Sozialdemokratie noch in diesem Jahr mit dem Bremer Grundsatzprogramm den ehrgeizigen Versuch, ihre Identität in einer historisch beispiellosen Umbruchsituation zu definieren. Allein schon die Tatsache dieser intellektuellen und organisatorischen Anstrengungen zeichnet die SPD gegenüber der machtopportunistischen Konkurrenz der anderen Parteien aus. Die ist umso mehr zu würdigen, als das geistige Experiment geschieht vor dem Hintergrund des dumpfen Klimas der „Wendepolitik“. Diese Szene kennzeichnet sich durch Intrigen, Affären, Skandale und Korruptionsfälle; weniger durch stilvolle Beiträge politischer Kultur in der Demokratie. Gelänge es nicht immer wieder dem Bundespräsidenten, mit glänzenden Reden aus der geistigen Verödung auszubrechen - der kleinbürgerliche Biedersinn des herrschenden Milieus wäre geradezu erdrückend, zumal inzwischen sogar Stammtischtraden politik- und gesellschaftsfähig geworden sind.

Wegen der unvermeidlichen Ambivalenz und Mehrdeutigkeit einer solchen Zeit ist ein Programmprozeß, der über das Jahr 2000 hinaus Gültiges vereinbaren soll, ein riskantes Unternehmen, das Respekt verlangt. Auch deshalb gilt es, das Einzigartige der SPD festzuhalten, soweit es sich in der aktuellen Standortbeschreibung des Entwurfs zum Grundsatzprogramm widerspiegelt.

Dieser Text zeigt vor allem drei Wesensmerkmale:

1. Die SPD ist die einzige Partei, die wirtschaftspolitische Kompetenz durch eine umfassende Neudefinition menschlicher Arbeit dokumentiert. Im Mittelpunkt bleibt die Bedeutung der Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft. Es wird aber auch ein Weg gezeigt zur Neubewertung von bisher unbezahlter Familienarbeit. Eigenarbeit wie ehrenamtliche Tätigkeit werden als Bestandteile von gesellschaftlich notwendiger Arbeit begriffen. Damit ist eine Politik für die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit skizziert, welche vorhandene Erwerbsarbeit gerecht umverteilt, für Einkommensausgleich sorgt und neue Arbeitsplätze schafft, wobei sich nicht mehr nur die Frage nach dem „Wie“ sondern auch nach dem „Wozu“ dieser Arbeit stellt. Nach den Kriterien der Umwelt- und Sozialverträglichkeit sinnvolle Arbeit statt Sozialhilfe für alle zu schaffen, das ist eine klassische und zugleich mit der Forderung des Sechs-Stunden-Tages und 30-Stunden-Arbeitswoche - ein höchst modernes SPD-Projekt.
2. Der neue Arbeitsbegriff der SPD zielt im Kern auf die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft. Er ist die wesentliche Voraussetzung, um konzeptionell der Umweltkrise zu begegnen. Die Industriegesellschaft ist nur noch (über)lebensfähig, wenn sie Arbeit und Umwelt zusammendenkt und diese Rücksichtnahme auch im Alltagsverhalten der Menschen auf einen Nenner bringt. Zukunftsarbeitsplätze gibt es nur mit sparsamstem Energieverbrauch und fortschrittlichster Umwelttechnik. Der Staat muß den ökologischen Umbau fördern. Die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert staatliche Investitionslenkung ebenso

wie eine marktkonforme ökologische Steuerreform, die umweltfreundliche Produkte und Verfahren belohnt und umweltschädliche Produktion durch hohe Kosten bestraft. Und besonders die europäische Dimension bedarf einer regionalen Strukturpolitik, in der Umwelt und Verkehr als strategische Variablen weitsichtig geplant und gestaltet werden. Konzepte dafür hat bisher nur die SPD.

3. Weil im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms erstmals der Mensch ganzheitlich als Natur-, Individual- und Gesellschaftswesen begriffen wird, ist es konsequent, ein Gesamtkonzept der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung zu formulieren. Entscheidender Schritt zur Verwirklichung dieser neuen SPD-Politik ist der Kampf für die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau. Wie ernst es der Sozialdemokratie ist, beweisen Quotierungsbeschluß und die - manchmal durchaus schmerzhaft - Umsetzung in den eigenen Reihen. Mit der Aufwertung der „Frauenfrage“ verbunden ist die Renaissance der Sozialpolitik, die als eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik von unten und solidarische Reformpolitik konzipiert werden muß. Nur die SPD hat ein Reformkonzept - sowohl zum Umbau der großen Sicherungssysteme (mit sozialer Grundsicherung) als auch zur Revitalisierung der „kleinen Netze“ und zur Ermüdung der Selbsthilfefansätze durch den Genossenschaftsgedanken. Die Wiederentdeckung der Sozialgemeinde könnte sogar einen strategischen Wert bekommen für eine lokale Beschäftigungspolitik und für ein verbessertes Angebot an modernen Sozialdiensten. Hier offensiv zu sein, das ist gute sozialdemokratische Tradition und zugleich ein Bündnisangebot für Gewerkschaften, befreundete Organisationen der Arbeiterbewegung, Wohlfahrtsverbände und Kirchen.

In diesem Sinn beschreibt der Grundsatzprogrammentwurf vor dem Hintergrund aktueller Politik die SPD als ein geistiges Zentrum für die Erneuerung der Industriegesellschaft, als eine moderne Partei mit vielfältigen Zukunftsperspektiven. Das Motto des Parteitages 1988 in Münster „Zukunft kommt von selbst - Fortschritt nur mit uns“ war richtig und bleibt gültig - erst recht, wenn es sich im Europawahlkampf mit dem Anspruch verbindet: Wir sind Europa. Dies sind historisch legitime Parolen einer Partei, die von Beginn an, nachzulesen bei Marx, Engels und Lasalle, einen neuen Fortschritt vertreten hat, der nie identisch gewesen ist mit Wirtschaftswachstum und Technikentwicklung nach der Logik des Kapitals und die schon 1925 mit ihrer Weltoffenheit in Heidelberg die „Vereinigten Staaten von Europa“ zum Programmziel erklärt hat.

Immer kam sozialdemokratischer Fortschritt aus der moralischen Empörung über soziales Unrecht. Als politische Methode brauchte er den Entwicklungsprozeß einer demokratischen Streitkultur, um die Chance zur Aufklärung im Volk zu nutzen und dem alten Wahlspruch „Wissen ist Macht“ auch rechtlich Geltung zu verschaffen. So wurde die SPD und sie ist daher eine klassische Programmpartei. Sie muß unermüdlich aufklären wollen - stets mit dem Blick auf eine Gesellschaft der Zukunft, worin, wie es im Jahr 1848 bei Karl Marx heißt, „die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung aller“.

(-/25.4.1989/vb-he/rs)

Dieser Beitrag erscheint auch in einer Broschüre anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des SPD-Ortsvereins Backnang (Baden-Württemberg)

* * *

Mehr Sicherheit durch weniger Nuklearwaffen

Zur aktuellen Diskussion um die dritte Nulllösung

Von Manfred Opel MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Eine entscheidende Aufgabe erwartet Dr. Stoltenberg auf der Hardthöhe: Die Beseitigung der Kurzstrecken-Nuklearwaffen in Europa. Das fordert unsere Bevölkerung mit Nachdruck von ihm.

Bisher haben die Konservativen in der Koalition behauptet, eine dritte Nulllösung würde Europa von den USA abkoppeln.

Doch das Gegenteil ist richtig: Kurzstrecken-Nuklearwaffen erlauben die regionale Begrenzung eines Nuklear-Krieges auf Europa. Dies ist für uns unerträglich und schafft Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis.

Bisher wurde ebenfalls behauptet, man könnte auf die Nuklearrakete LANCE oder deren reichweitengesteigerten Nachfolger nicht verzichten, auch wenn die Sowjets ihre entsprechenden Systeme gleichzeitig verschrotten würden. Doch das Gegenteil ist richtig: Durch die dritte Nulllösung würde endlich eine etwa fünfzehnfache sowjetische Überlegenheit bei den Kurzstreckenraketen beseitigt. Sowohl Sowjets wie Amerikaner haben eine derart erdrückende Anzahl anderer Nuklearwaffen, daß sie auf die wenigen Kurzstreckenwaffen überhaupt nicht angewiesen sind.

Bisher wurde auch behauptet, es sei entscheidend, daß Nuklearwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik und anderer europäischer Staaten stationiert seien.

Doch das Gegenteil ist richtig: Würden nämlich in einer konventionellen Auseinandersetzung Nuklearwaffenanlagen oder nukleare Trägersysteme - auch nur versehentlich - angegriffen, wäre dies ein ernstes Eskalationssignal, das schnell mißinterpretiert werden könnte. Außerdem schmälern duale Systeme (die wahlweise konventionell oder nuklear eingesetzt werden können), die in bestimmter Anzahl für nukleare Aufgaben zurückgehalten werden müssen, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit.

Bisher wurde auch behauptet, man brauche die nuklearen Kurzstreckensysteme, da man konventionell unterlegen sei. Auch dies trifft so nicht zu: Im NATO-Dokument MC 14/3, welches das geltende militärstrategische Konzept festschreibt, heißt es ausdrücklich, Nuklearwaffen könnten konventionelle Defizite nicht ausgleichen. Es gilt Gleichgewichtigkeit durch Abrüstung zu schaffen und nicht leichtfertig Nuklearwaffeneinsatz einzukalkulieren.

Die Kurzstreckenwaffen bedrohen ausschließlich die europäischen Staaten entlang der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt. Ihr militärischer Wert ist höchst zweifelhaft. Ihre Langzeitwirkung - ein tausenfaches Tschernobyl - wäre unvorstellbar schrecklich. Insbesondere die Nuklear-Artillerie, die nur so weit hinter die Front reicht, wie man in einer Stunde mit dem Fahrrad fahren kann, würde einen nuklearen Todesriegel quer durch Europa legen. Es würde für immer zerstört, was man angeblich verteidigen will. Ein solches „Verteidigungs“-Konzept ist überholt.

Deshalb ist es dringlich und sinnvoll, eine dritte Nulllösung und konventionelles Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene so rasch wie möglich zu erreichen. Wir brauchen mehr Sicherheit durch Abrüstung.

(-/25.4.1989/vo-he/rs)

* * *

In Bayern droht ein Kindergarten-Notstand

Zum Erfordernis, den Personalbestand umfassend aufzustocken

Von Karin Radermacher MdL

Um zu verhindern, daß es bei den Kindergärten einen ähnlichen Notstand gibt wie bei den Pflegekräften, muß umgehend dafür gesorgt werden, daß der Beruf der Erzieher/innen attraktiver wird. Dazu gehört neben einer guten Bezahlung vor allem eine umfassende Personalaufstockung. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag tritt dafür ein, daß künftig jeder Kindergartengruppe eine zweite Kraft zugewiesen wird.

„Derzeit besuchen über 280.000 Kinder einen Kindergarten, das sind 44.000 mehr als 1980. Allein im Großraum München fehlen heute bereits rund 800 Erzieherinnen. Das Personal weiß nicht mehr, wie es seine wichtige Aufgabe bewältigen soll. Die Erzieher/innen sind total überlastet, vor allem deshalb, weil immer mehr Kinder aufgenommen werden müssen, die eine besondere Hinwendung brauchen. Es gibt viele Kinder von Alleinerziehenden, Asylbewerbern, Aussiedlern und Ausländern.

Bei einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft „Fachakademien für Sozialpädagogik“, die kürzlich in Eichstätt stattfand, hatten sich die rund 2.000 Teilnehmer/innen bitter über die Personalmissere beklagt. Es ist daher notwendig, daß sofort gehandelt wird und nicht erst im Wahljahr, wie das die CSU offensichtlich vorhat. Eine gute Betreuung unserer Kinder sollte auch der CSU wichtiger sein als die Parteipolitik.

Am Geld kann und darf es nicht scheitern: Wenn sich im Staatshaushalt 90 Millionen für das „Landeserziehungsgeld“ finden lassen, dann müssen doch auch die 20 Millionen Mark für mehr Kindergartenpersonal noch drin sein. Starthilfen für junge Familien sind durchaus aner kennenswert: Wenn es der Staat dann aber am Geld für die ebenso notwendige Betreuung der Kinder fehlen läßt, ist das nicht nur inkonsequent, sondern auch nicht zu verantworten.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hatte den Antrag gestellt, daß im Haushaltsplan 1989/90 je 20 Millionen Mark für das pädagogische Personal an Kindergärten bereitgestellt werden, um die Förderung einer vollen zweiten Kraft pro Kindergartengruppe sicherzustellen. Dieser Antrag war von der CSU abgelehnt worden.

Darauffin hatte die bayerische SPD-Fraktion beantragt, daß die Aushilfskräfte in den Kindergärten, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sind und eingestellt werden müssen, zumindest so lange bezuschußt werden, bis eine zweite Kraft gesetzlich verankert ist. Dieser Antrag ist im Parlament noch nicht abschließend behandelt. Zusammen mit den bayerischen Erzieher/innen hoffen wir, daß sich die CSU wenigstens diesem Antrag nicht verschließt. (-/25.4.1989/vo-he/rs)

* * *

Tschernobyl war die letzte Warnung

Zum dritten Jahrestag der Kernkraftkatastrophe

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Am 26. April 1986 erlebten wir in Tschernobyl die größte Katastrophe in der zivilen Technikgeschichte. Tschernobyl hat die Welt verändert. Tschernobyl hat unser Bewußtsein und unser Denken verändert.

Mehr als 30 Menschen sind damals innerhalb kurzer Zeit verstorben. Über 130.000 Menschen wurden auf Dauer evakuiert. Ein Gebiet 30 Kilometer um Tschernobyl herum ist auf Generationen hin radioaktiv verseucht. Noch vor wenigen Wochen wurden weitere Gebiete in der Ukraine geräumt. Die gesundheitlichen Langzeitfolgen durch den Strahlenregen aus dem Reaktor in Tschernobyl sind für weite Gebiete Ost- und Mitteleuropas erst durch die uns nachfolgende Generation vollständig zu ermitteln.

Die unmittelbaren ökonomischen Schäden in der Sowjetunion haben sich bis auf ungefähr fast 30 Milliarden DM aufsummiert. Eine Verdoppelung oder Verdreifachung dieser Summe ist nicht auszuschließen.

Tschernobyl hat in vielen Ländern zum Überdenken und Umdenken in der Nutzung der Kernenergie geführt. In einigen Staaten wurde der Kernenergieausbau gestoppt, wie Italien, den Niederlanden, Jugoslawien und der Schweiz. Viele Kernenergieausbauprogramme wurden weltweit zusammengestrichen. Auch wegen Tschernobyl.

Tschernobyl war die letzte Warnung.

Diese Katastrophe hat deutlich gemacht, daß der Mensch begreifen muß, daß er nicht alles machen darf, was Technik und Wissenschaft uns ermöglichen, auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sehr klein ist, der Schaden bei einer Katastrophe dagegen - das hat Tschernobyl gezeigt - unermäßig groß ist. Die großflächige radioaktive Strahlenbelastung, der sich niemand entziehen konnte, und die den ganzen Kontinent überzogen hat, ist nach Tschernobyl keine abstrakte Risikoabschätzung mehr, sondern für unzählige Menschen in der Sowjetunion lebensbedrohende Wirklichkeit geworden. Die Fachleute rechnen mit bis zu 100.000 zusätzlichen Krebstoten als Folge von Tschernobyl.

Für die dichtbesiedelte Bundesrepublik hätte eine solche Katastrophe unbeschreibliche Folgen. Es bestände die Gefahr, daß Großstädte von heute auf morgen für immer verlassen werden müßten, da die radioaktive Verseuchung dort ein Leben nicht mehr zuließe. In Tschernobyl betrug der Radius der Evakuierungszone circa 30 Kilometer. Ginge man in der Bundesrepublik bei einem Kernkraftunfall von dem gleichen Radius der Evakuierungszone aus, müßte man um die Standorte unserer Kernkraftwerke zwischen 500.000 bis zwei Millionen Menschen in wenigen Stunden evakuieren. Dies ist schlicht unmöglich.

Tschernobyl hat uns gelehrt, daß es keine absolute Sicherheit bei der Kernenergie gibt. Technische Systeme sind nicht fehlerfrei zu konstruieren und zu betreiben. Man kann immer nur die Sicherheit von technischen Anlagen erhöhen, aber man kann technisches und menschliches Versagen nie ganz ausschließen. Dies kann niemand garantieren. Die Bundesregierung hat aus Tschernobyl nichts gelernt. Sie setzt weiter auf die Kernkraft, vor allem auf die gefährlichen Projekte in Wackersdorf und Kalkar.

Die SPD fordert eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft, da die Kernenergie auf Dauer nicht verantwortbar ist.

{-/25.4.1989/vo-he/rs}